

# mitte drin

Ausgabe 03 / 2016 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

## Wir haben noch viel vor

### Katja Kipping zum Internationalen Frauentag

„Heraus zum Internationalen Frauentag“ heißt es wieder in den Aufrufen zum 8. März. Erstmals wurde der Internationale Frauentag am 19. März 1911 begangen (erst 10 Jahre später hat sich der 8. März herauskristallisiert).

Seitdem gehen Frauen (und Männer) überall auf der Welt jährlich auf die Straße, organisieren Veranstaltungen und Aktionen, um erkämpfte Errungenschaften zu feiern und nicht verwirklichte Forderungen zu stellen. Denn, auch wenn einige feministische Ziele bereits erreicht wurden, bleibt noch vieles offen. Noch immer verdienen Frauen weniger als Männer, noch immer sind sie viel häufiger sexualisierter Gewalt ausgesetzt, noch immer erledigen sie den Großteil der Pflege- und Sorgearbeit (der sogenannten Care-Work).

Wir leben in einer Gesellschaft, in der Care-Arbeit kaum als Arbeit wahrgenommen wird. Das Problem ist nicht nur die fehlende Anerkennung dieser oft schlecht oder nicht bezahlten Arbeit, sondern, dass sie hauptsächlich von Frauen geleistet wird. Um der

ungleichen Verteilung dieser Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern entgegenzutreten, brauchen wir ein generelles Umdenken. Wir müssen unser gesellschaftliches Leben so umstrukturieren, dass für alle ausreichend Zeit bleibt für die Erwerbsarbeit, für politische Einmischung, für Sorgearbeit und Muße. Dieses Modell nennt sich die Vier-in-einem-Perspektive.

Wir erleben jedoch nicht nur eine Abwertung von Tätigkeiten, die in erster Linie von Frauen erledigt werden, sondern auch eine Abwertung von Frauen insgesamt. Sexismus, ob im öffentlichen oder privaten Raum oder am Arbeitsplatz, ist für viele Frauen alltäglich. Ein Schritt in die richtige Richtung wäre die Überarbeitung des Sexualstrafrechts. Jede Form sexualisierter Gewalt muss zur Anzeige gebracht werden können. Doch anstatt die Ereignisse in Köln zum Anlass zu nehmen, über



Die Bundesrepublik – kein Vorbild in der Emanzipation

solche Fragen zu diskutieren, wurden sie instrumentalisiert, um rassistische Ressentiments zu bedienen. Sexualisierte Gewalt sollte nicht nur dann öffentlich thematisiert werden, wenn die Täter die vermeintlich Fremden sind. In den letzten Jahren haben wir immer häufiger erlebt, wie feministische Forderungen nach Gleichberechtigung zum Pulver nationalistischer und rassistischer Gewehre geworden sind. Man

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

### Nur wenig Neues vom Dauerthema „Haus der Statistik“

... und von einem Senator, der ziemlich gut weiß, wie man nichts sagt und trotzdem spricht. Carola Bluhm, MdA für die LINKE, wertet die befremdlichen Einwände gegen ein „Haus mit Wohnraum für Flüchtlinge und mit Arbeitsräumen für Kunst und Kultur“.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

### Für wen Frau Schilling ein „Silbernetz“ weben will

Die Seniorenvertretung, der sie angehört, kennt das Los vieler älterer Menschen, die allein sind. Denen will sich ihr Projekt „Gemeinsam Älterwerden in Mitte“ zuwenden, das gegen Einsamkeit und Isolation aktives Handeln vieler Ehrenamtlicher setzt.

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

### „Safe Harbour“ ist ungültig – und was gilt jetzt?

Das Abkommen, das den Austausch persönlicher Daten zwischen EU und USA regeln sollte, wurde vom Europäischen Gerichtshof gekippt. Seit Anfang Februar liegt ein neues Abkommen vor. Aber ob der Text jetzt den strengen Vorgaben des Gerichts entspricht?

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

## Basistreffen mit Carola Bluhm, MdA

am Mittwoch, 30. März, 19 Uhr im Rosa-Luxemburg-Saal des Karl-Liebknecht-Hauses  
(Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz)

zum Thema: „DIE LINKE. auf dem Weg zu den Berliner Wahlen“

# DIE LINKE.

## Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337  
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,  
Do. bis 19 Uhr

## Aus der BVV

# Ein Netz gegen Vereinsamung

**V**iele ältere Menschen kennen das: Man sitzt allein in den eigenen vier Wänden, der Fernseher läuft oder das Radio, doch ansonsten gibt es nichts zu tun – ein geregeltes Arbeitsleben findet nicht mehr statt, Kinder und Enkel wohnen weit weg oder haben keine Zeit und eigene Freunde oder Bekannte sind nicht (mehr) da.

Nicht jedem ist es gegeben, sich dann selbst eine sinnvolle und erfüllende Beschäftigung zu suchen. Und nach jedem heißen Sommer zeigen die Zahlen auf Neue, wie viele alte Menschen in ihren Wohnungen schlicht vergessen wurden ...

Frau Schilling von der Seniorenvertretung möchte dies ändern. Eine Hotline für Gespräche soll geschaffen werden – kein Notfalltelefon (das gibt es schon), sondern ein Anlaufpunkt für Seniorinnen und Senioren, die sonst niemanden haben. Neben Gesprächen gegen Vereinsamung und Isolation soll dabei auch auf bereits bestehende Angebote vor Ort aufmerksam gemacht werden, die oft nicht bekannt sind. Die Idee hat sie aus Großbritannien, dort besteht bereits die „Silver Line Helpline“ und findet erstaunlich großen Zuspruch. Zusammen mit dem Humanistischen Verband als Träger und vielen Ehrenamtlichen soll nun in Berlin das Silbernetz entstehen ([www.silbernetz.org](http://www.silbernetz.org)).

Ein Mammutprojekt, gewiss, doch müsste die Politik nicht gerade deswegen zumindest ein bisschen finanzielle Unterstützung für diese wichtige soziale Aufgabe geben? Wir finden, ja, und hatten bereits im vergange-

nen Sommer gemeinsam mit den Grünen einen entsprechenden Antrag eingebracht. Hierzu muss man wissen, dass das Bezirksamt einige Monate zuvor einen Preis in Höhe von 10.000 Euro für die Erarbeitung des Konzeptes „Gemeinsam Älterwerden in Mitte“ gewonnen hat. Schöne Sache und davon könnte man doch jetzt eigentlich einen Teil als Anschubfinanzierung für Silbernetz einsetzen, oder? Doch im Bezirksamt



Gemeinsam statt einsam

sieht man das offenbar nicht so – das Geld wurde ja leider, leider auch schon längst anderweitig ausgegeben. Pikanterweise war der zuständige Fachausschuss im Vorfeld gar nicht darüber informiert worden, dass es Preis und Preisgeld überhaupt gibt. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

In der vergangenen BVV-Tagung folgte nun der letzte Akt: Nach etlichen Vertagungen in zwei Ausschüssen über Monate hinweg stand der Antrag nun wieder auf der Tagesordnung und wurde mit den Stimmen der Zählgemeinschaft aus SPD und CDU abgelehnt. Als Ruhmesblatt der Bezirkspolitik taugt dieser Vorgang wahrlich nicht. Immerhin konnte Silbernetz aus Restmitteln vom letzten Jahr etwas mehr als 1.000 Euro erhalten. Das macht den Start des Projekts nur sehr bedingt einfacher. Wir hoffen aber trotz-

dem auf einen Erfolg und wünschen Frau Schilling und dem Humanistischen Verband viel Mut, Tatkraft und Durchhaltevermögen. Der Bedarf für Silbernetz ist ganz sicher vorhanden.

**Falko Looff**



## Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag, Mittwoch und Donnerstag von 15 bis 17 Uhr**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65  
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

## Initiativen der Linksfraktion

### ► **Mündliche Anfragen:**

Stellungnahme des Rechtsamts zum Einbau einer barrierefreien WC-Anlage in der Arminiusmarkthalle (Drs. 2580/IV) in der BVV direkt beantwortet

Glaskasten (Drs. 2587/IV) wird schriftlich beantwortet (siehe Seite 4)

### ► **Große Anfragen:**

Initiative Haus der Statistik – Leuchtturmprojekt am Alexanderplatz (Drs. 2545/IV) in der BVV direkt beantwortet (siehe Seite 7)

Bedarfe zu Infrastruktureinrichtungen und Grünflächen, die sich aus dem Hochhausneubau Alexander A. Tower ergeben (Drs. 2549/IV) wird schriftlich beantwortet

Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) – Ausgaben und Aussichten (Drs. 2553/IV) wird schriftlich beantwortet

### ► **Anträge:**

Baumfällmutoratorium auf der Fischerinsel – Bürgerbeteiligung JETZT! (Drs. 2559/IV) abgelehnt

## Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE. mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und

- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

### Jeden Mittwoch im Monat

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht**

**(Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen

Nina Jenny Soest und Christian Wisch von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

### Jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14 bis 16 Uhr

### kostenlose Mieterberatung

im **Karl-Liebknecht-Haus**, Raum 523, Kleine Alexanderstraße 28, 10178



## Lebenslanges Lernen dieser Tage

**F**ür die meisten von uns ist es selbstverständlich, dass unsere grauen Zellen immer etwas zu tun haben. Und doch bekommt der Begriff „lebenslanges Lernen“ für viele von uns in diesen Tagen, zumeist unbewusst, eine neue Bedeutung.

Wenn wir in der Bezirksverordnetenversammlung über Kitas und Schulen sprechen, dann tun wir das seit Monaten vor allem auch mit dem Ziel, Kindern aus Flüchtlingsfamilien besser gerecht zu werden. Wir wissen, dass Bildung der Schlüssel für die Integration ist. Uns LINKEN geht es um das Recht der Kinder auf Bildung von Anfang an. D.h. früher Kitabesuch und das Recht auf einen Schulplatz beginnend mit dem ersten Tag des Hierseins, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Es ist völlig inakzeptabel, wenn in unserer Stadt Hunderte Kinder, viele davon unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, in den Einrichtungen sitzen und monatelang auf einen Schulplatz warten müssen. In Mitte geht es schneller, auch weil viele helfen. So rücken die Schulen für die Willkommensklassen, in denen

die Neuankömmlinge die deutsche Sprache lernen, zusammen und integrieren sie in den Schulalltag. Es ist beeindruckend, wie lern- und wissbegierig die Kinder sind und wie froh und dankbar ihre Eltern für die freundliche Aufnahme, auch für die über 40 Schultaschen, die aus Spendengeldern der LINKEN beschafft worden sind. Wir setzen uns dafür ein, dass Mittes Kitas und Schulen bei ihrer Arbeit noch besser unterstützt werden, auch durch gutes Personal, Sanierung, Modernisierung und mehr Schulräume für alle Kinder. Die Fortschreibung des bezirklichen Schulentwicklungsplans ist überfällig. Von uns wird seit langem kritisiert, dass die Allegro-Grundschule, die einzige in Tiergarten Süd, verkleinert werden soll und dass das Bezirksamt Mitte an der Schließung der Jugendverkehrsschule in der Bremer Straße in Moabit festhält. Unser Bezirk wächst und das müssen Bezirksamt und Senat endlich zur Kenntnis nehmen! Wir brauchen auch mehr Personal in den Ämtern, wie z.B. im Schul- und Jugendamt. Es ist nicht richtig, dass die

Stadtbibliothek weiter Personal abbauen soll, während sie ihre Angebote für die Geflüchteten ausbaut. Es geht uns besonders, aber nicht nur um die Kinder. Sprachenlernen an der Volkshochschule, Angebote der Bibliotheken und Kultureinrichtungen, für gemeinsamen Sport und für die Gesundheit und natürlich für bezahlbare Wohnungen und eine Zukunft – unsere Forderungen sind klar: Wir verlangen vom Senat ein Integrationskonzept, das den Namen verdient und eine konsequente Auseinandersetzung mit Rechten und Rechtspopulisten, denen wir keinen Fußbreit unseres Gemeinwesens überlassen werden.

Unser Engagement macht etwas mit uns. Das Kennenlernen neuer Menschen, die Auseinandersetzung mit Krieg, Flucht und Vertreibung und dem Versagen der Politik, die tägliche ehrenamtliche Arbeit mit und für Flüchtlinge, das ist auch Lernen, nicht an Institutionen gebunden und ganz ohne Zeugnis, aber in jedem Fall mit großem Gewinn für uns alle – lebenslang.

**Petra Schrader**

Fortsetzung von Seite 1: **Wir haben noch viel vor**

bringt sich gegen den Islam in Stellung und wirft ihm ein unterdrückendes Frauenbild vor. Man suggeriert, es gäbe vor der eigenen Tür nichts zu kehren. Aber ist es nicht perfide, wenn das Establishment, das sich immer gegen die Forderung der Frauenbewegungen gewehrt hat, sich diese Errungenschaften nun auf die eigene Fahne schreibt, gegen einen vermeintlichen Gegner ins Feld führt? Wir müssen auch über

sexualisierte Gewalt sprechen, wenn sie hinter verschlossenen Türen passiert. Wir müssen auch über sexualisierte Gewalt sprechen, egal wem sie passiert. Das Problem heißt Rassismus und Sexismus.

Wir haben vieles erreicht. Und wir haben noch viel vor. Der 8. März ist der Tag, an dem all das sichtbar wird.

**Katja Kipping,**  
Vorsitzende der Partei DIE LINKE.



© Foto Anke Illing, www.photocultur.de

GLASKASTEN Prinzenallee an Münchner Investor verkauft

## Zukunft hängt an dünnem Seil

**Weddings berühmtes historisches Ballhaus GLASKASTEN in der Prinzenallee 33 ist samt Wohnungen und Restaurant an den Münchner Investor Felsner (Firma Global Immoinvest) verkauft worden. Der Mietvertrag für die Nutzung wurde zum 31. Januar gekündigt.**

gab. Das Haus wurde in den Jahren 1903 bis 1907 gebaut. Nach einer wechselvollen Geschichte (u.a. Versammlungsraum der KPD, später Folterkeller der SA) stand das Gebäude von Anfang der 80er Jahre bis zur Sanierung Ende der 90er Jahre leer. Der bisherige Eigentümer „Zukunft Bauen e.V.“ hatte dann in Abstimmung mit dem Senat



Auch die Zukunft der Artisten hängt an einem dünnen Seil

Damit sitzen die seit 14 Jahren im GLASKASTEN trainierenden Artisten auf der Straße. Auch die von ihnen ausgebildeten Kursgruppen und die z.B. vom Quartiersmanagement geförderten Workshops sind ohne Trainingsraum. Viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene sind hier ausgebildet und gefördert worden; seit einem Jahr gibt es sogar eine Zirkus-Seniorengruppe.

Die Künstlergruppe um das Artistenpaar Caroline Schroeck und Gilles Le Leuch hat erfolgreiche Shows in diesem bekannten Veranstaltungsort geboten. Bisher zahlte die Gruppe nur eine relativ geringe Miete für die Nutzung des für Artistik und Varieté gut ausgestatteten Saales. Hier konnten nicht nur Theaterproben und Aufführungen, sondern auch Musicals, Chöre, Kindertheater und die beliebten Artistikworkshops stattfinden, von den Kleinstartisten bis zu den Senioren. Das alles ist nun in Gefahr. Das betrifft auch das afrikanische Restaurant im Vorderhaus. Die Senioren weisen in einem Protestbrief darauf hin, dass ein Großteil der Familien im Soldiner Kiez über ein eher geringes Einkommen verfügt.

Der GLASKASTEN ist eines von fünf verbliebenen Ballhäusern - von den einst 100, die es in den 1920er Jahren in Berlin

und dem Bezirksamt Wedding das Konzept für einen multifunktionalen Kulturstandort erstellt.

Jetzt aber hat der Träger „Zukunft Bauen e.V.“ das Haus komplett verkauft. Geschäftsführer Baumhoff argumentiert, der GLASKASTEN habe sich nie selbst getragen, die Betriebskosten seien stets höher als die Mieteinnahmen gewesen.

In einem Brief an die politischen Verantwortlichen fragen die Betroffenen, warum der GLASKASTEN, der mit Millionen öffentlicher Gelder saniert worden ist, von dem Träger „Zukunft Bauen e.V.“ an einen privaten Besitzer verkauft werden durfte: „Wenn der Senat für den Berufsverband bildender Künstler Berlin e.V. (bbk berlin e.V.) Atelierräume ankauft, damit sie zu bezahlbaren Preisen an Künstler vermietet werden können, warum unterstützt er nicht ebenso vorhandene Räume, um Strukturen zu erhalten?“ Denn gerade in einem sozialen Brennpunkt wie dem Soldiner Kiez, in dem sich das Quartiersmanagement darum bemüht, bezahlbare kulturelle Angebote ins Leben zu rufen oder zu fördern, wäre das äußerst wichtig. Die Kiezbewohner können sich sehr häufig marktübliche Gebühren nicht leisten.

**Rainer Scholz**

### Bei anderen gelesen

#### ► **Koloniale Straßennamen in Berlin**

Im afrikanischen Viertel im Wedding sind die Namen der Kolonialherren der übelsten Sorte wie Peters, Nachtigal und Lüderitz immer noch präsent. Straßen wurden nach ihnen benannt. Das kann nicht so bleiben. Nach 30 Jahren ist die CDU mit einem Antrag vorgeprescht, der sich am selben Zirkustrick orientiert wie vor 30 Jahren. Die SPD reagierte auf den lumpigen Antrag mit einem eigenen Antrag, der insbesondere Frauen der (post-)kolonialen Befreiungs- und Emanzipationsbewegung aus Ländern Afrikas als Namenspatroninnen vorsieht. Dass sich etwas tut, darf bezweifelt werden.

„Der Tagesspiegel“, 19.02.2016

#### ► **Alle DDR-Bauten vor dem Abriss: Palais statt Platte**

Der inzwischen fast verwaiste DDR-Plattenbau in der Wilhelmstraße, nahe der britischen Botschaft, soll für einen Luxus-Neubau abgerissen werden. Die traditionelle Patzschkesche Designerschmiede soll die Platte platt machen. Hier soll das „Palais“ entstehen, ein exklusiver Neubau mit ca. 178 Wohnungen. Doch die letzten Mieter blockieren das Vorhaben.

„Der Tagesspiegel“, 09.02.2016

#### ► **Ein Stich ins Wespennest**

Der Berliner Senat will künftig eigene Gegenkampagnen gegen Volksentscheide und diese aus Steuergeldern bezahlen. Dagegen gibt es Widerstand. 71 Initiativen und Organisationen haben sich binnen weniger Tage zu einem Bündnis zusammengefunden, um gegen die geplante Änderung des Abstimmungsgesetzes ihre Argumente ins Feld zu führen. Sie eint dabei das Kernanliegen: der Einsatz für mehr direkte Demokratie. Genau das sehen sie durch den Änderungsvorschlag gefährdet.

„taz“, 11.02.2016

#### ► **Alternative zur Demokratie**

Die Krankheit, das ist der weltweite Kapitalismus. Die liberale Demokratie leidet unter ihm. Er raubt den Staaten die Kraft und macht sie zum Spiel der Oligarchen. Wenn es den Demokraten nicht gelingt, den Kapitalismus einzuhegen, dann werden andere Kräfte sich der Sache annehmen.

Jakob Augstein in:

„Der Spiegel“ Nr. 5 vom 30.01.2016

## Kurznachrichten

### ► Filme für das Jüdische Museum Berlin

Der Filmproduzent Artur Brauner übergibt dem Museum 21 Filme als Geschenk. Es sind vor allem Filme zum Vernichtungskrieg der Nazis gegen die Juden. Zu den Werken gehört auch der Spielfilm "Die Spaziergängerin von Sanssouci" (1982). Der 97-jährige Brauner ist selbst Überlebender des Holocaust.

### ► 900 Millionen Euro für Nachhilfeunterricht

Bundesweit nehmen 1,2 Millionen Schüler zwischen sechs und sechzehn Jahren Nachhilfeunterricht. Ein Drittel von ihnen will die zusätzliche Förderung zur Leistungsverbesserung – d.h. sie wollen ihre Noten von drei oder zwei verbessern. Das ergab eine Elternbefragung der Bertelsmann-Stiftung. Die Familien wenden dafür monatlich im Durchschnitt 87 Euro auf. Das ergäbe eine jährliche Gesamtsumme von 900 Mio. Euro.

### ► Bisher höchste Zahl an Mehrgeburten

2014 waren viele Babys ein Mehrgeburtenkind gewesen. Zu den rund 700.000 Neugeborenen gehören 12.977 Zwillingspärchen, 2.538 Mal gab es einen Dreier und vier Mal wurden sogar Vierlinge geboren. Der Geburtenrückgang in Deutschland wurde damit indes nicht aufgehalten.

**Donnerstag, 17.03.2016 | 18:00 Uhr**  
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Salon, Berlin  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin

Der Salon befindet sich im 1. Obergeschoss.

### Aufwind rechts

Die Landtagswahlen am 13. März in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt finden unter dem bundespolitischen Megathema „Flüchtlingspolitik“ statt. Erwartet werden in Umfragen zweistellige Wahlergebnisse für die AfD bei Verlusten für CDU und SPD. Was bedeuten die Wahlergebnisse für die Entwicklung des Parteiensystems, für die Regierungsbildung in den Ländern und für Bundespolitik? Beginnt eine neue Ära «großer» Koalitionen? Was bedeutet das Erstarren restaurativer und populistischer Kräfte für linke und emanzipatorische Politik?

Diese und andere Fragen diskutieren wir mit der Politikwissenschaftlerin **Prof. Dr. Gudrun Hentges** (angefragt) dem Politikwissenschaftler **Gero Neugebauer**, dem Bundesgeschäftsführer der LINKEN **Matthias Höhn**, u.a.

## Menschen in Mitte

„INTERBRIGADAS“ engagiert sich für Völker Südamerikas

# Boris Bojilov aktiv in „INTERBRIGADAS“

**D**as Herz von Boris Bojilov schlägt für den Süden Amerikas. „Für die Völker des Subkontinents, die sich für eine weitreichende politische Mitbestimmung und für soziale Rechte einsetzen“, deklariert der 28-jährige Student der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität.

„Sie stellen bisherige politische, soziale und ökonomische Strukturen und Konzepte im ‚Hinterhof der USA‘ in Frage und suchen und praktizieren schon Alternativen zu neoliberalen Gesellschaftsmodellen. Das unterstütze ich gemeinsam mit vielen Verbündeten.“

Boris gehört zu den Gründern des gemeinnützigen jungen Vereins „INTERBRIGADAS“, der seit 2006 in Ländern Lateinamerikas Projekte angeht und realisiert. „So haben wir in der venezolanischen Provinzhauptstadt Guanare bei der Renovierung eines baufälligen Kolonialhauses zu einem von Jugendlichen dort selbstverwalteten Kulturzentrum ‚La Nueva Casika‘ geholfen. Im Bundesstaat Anzoátegui malten wir mit den Arbeitern die Außenfassaden der von ihnen besetzten Autoscheibefabrik ‚Vivex‘ an. Beim Aufbau eines lokalen Radiosenders haben wir im bolivianischen El Sillar geholfen“, berichtet der in Dessau geborene Sohn bulgarischer Eltern nicht ohne Stolz. Viele der 100 Mitglieder der Vereinigung – zu 70 Prozent Studenten – waren schon zwischen Karibik und Feuerland unterwegs, arbeiteten und lebten mit den Bewohnern von Dörfern und Städten, die meisten sprechen Spanisch. „Ich konnte selbst bei langen Besuchen zwischen 2006 und 2014 in Venezuela reiche Erfahrungen sammeln.“

Zu Hause veranstaltet „INTERBRIGADAS“ in seinen Räumen in der Weddinger Genter Straße 60 öffentliche Themenabende zu aktuellen Ereignissen in Südamerika. „Experten informieren unabhängig und authentisch, entlarven die meist verzerrte und einseitige negative Darstellung besonders in den Massenmedien“, erfahren wir von Boris Bojilov. Im Februar begann ein neuer Kurs, in dem man in Theaterstücken bekannter lateinamerikanischer Autoren mitwirken und zugleich Spanisch lernen kann. Hin und wieder werden Dokumentarfilme aus der Region präsentiert. „Für beide Seiten wertvoll sind auch immer wieder die von uns organisierten gegenseitigen



Engagiert für die Völker Südamerikas

Besuche von Gewerkschaftern und Künstlern“, betont der zukünftige Gesellschaftswissenschaftler, der sich aktiv in die internationale alternative Entwicklungsökonomie einbringen möchte.

### Internationalismus im 21. Jahrhundert

„Ein wichtiger Höhepunkt unserer vielseitigen Aktivitäten war unsere Mitwirkung an der Konferenz ‚Internationalismus im 21. Jahrhundert‘ 2015 in Berlin“, hebt der rührige Interbrigadist hervor. „Dort schlossen wir ein Bündnis mit mehreren anderen Solidaritätsgruppen, um gemeinsam die aktuellen und historischen Erfahrungen einzuschätzen, voneinander zu lernen und uns zu organisieren. Unterstützt werden wir neben vielen anderen von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Partei DIE LINKE und der Stiftung nord-süd-brücken.“ Der Verein „INTERBRIGADAS“ freut sich über Spenden auf sein Konto DE44 4306 0967 1130 8107 00 bei der GLS-Bank. Ihre Flüge über den Atlantik finanzieren die Mitglieder selbst. Boris Bojilov hat für dieses Jahr schon seinen Flug gebucht. „Endlich werde ich nun auch Kuba persönlich kennenlernen“, freut er sich. „Die jüngste Entwicklung dort ist mehr als spannend!“

**Matthias Herold**

# Schmackhaftes und andere Überraschungen

**Zwei sportliche Männer springen am Rosenthaler Platz in die Bahn. Schwarzfahrer, denke ich, schnell, jung, südländisch, dunkle Kapuzen, Bärte. Einen Moment später wird höflich nach Fahrkarten gefragt. Es sind die gleichen zwei Männer. Echte Berliner Kontrolleure.**

Auch das Bauen überrascht wieder. Zwischen Monbijou- und Tucholskystraße, Spree und Oranienburger Straße gestaltet sich die Landschaft. Die Post ist verhüllt, das Telegrafnamt spuckt Schuttberge, die Frauenklinik strahlt, das Telekom-Eckhaus scheint fertig. Noch fehlen Hotel, Bäume, Grünes, Büros und der Biergarten für Besucher und Bewohner. Warum öffnet das längst möblierte Literaturcafé im Simon-Palais nicht seine Türen?

In der Johannisstraße 20 haben zwei eingewanderte japano-amerikanische Kochprofis aus Brooklyn zwei ungewöhnliche Lokale im feinst fusionierten Asia-Stil etabliert. Im

Obergeschoss das „House of Small Wonder“ (Brunch und Lunch), im hochpreisigen Keller „Zenkichi“ moderne japanische Brasserie. Ein Feinschmecker-Labyrinth. Tagsüber oben, abends unten, man wird persönlich, gastronomisch und gestalterisch verwöhnt. Umgangssprache Englisch.

Verblüffend sind die Treppen. Geschwungen, üppig begrünt, das ist die weiße, die zu guten einfachen Speisen und zu leicht kolonialem Mobiliar nach oben führt. Streng schreitet es sich über schwarze Kiesel und helle Platten nach unten. Hinter der dunklen Tür die 58 Keller-Nischen, in denen behutsam schönste kleine Gaumenfreuden präsentiert werden.

Berlins Mitte, sagt mein feinschmeckender Freund aus Übersee, ist hier kulinarisch Spitze. Zum Brunch staut es sich im Eingangsbereich, und die Wartenden lächeln geduldig. Rechts, hinter der Automattür, hängt an der romantischen Treppe ein Pappschild „Cash only“. Im Fenster Speisekarten.



Verschlaufpause im Großstadtgetriebe

Keine Werbung. Das ist Erfolg. Es schmeckt hier wunderbar anders. Langsamer Genuss ist Programm. Schneller geht's anderswo. Besser kaum.

Erstklassig war das Essen auch, als der DDR-Ministerrat im Hotel „Johannishof“ sein Restaurant unterhielt. Nach der Wende durfte kurzzeitig das Volk rein. Heute verstellt ein Glasvorbau das Bürohaus mitsamt Erinnerung.

Irene Runge

„Sicherer Hafen“ ist jetzt „EU-US-Privatsphäre-Schild“

## Gibt es mit der sprachlichen Aufrüstung auch mehr Sicherheit?

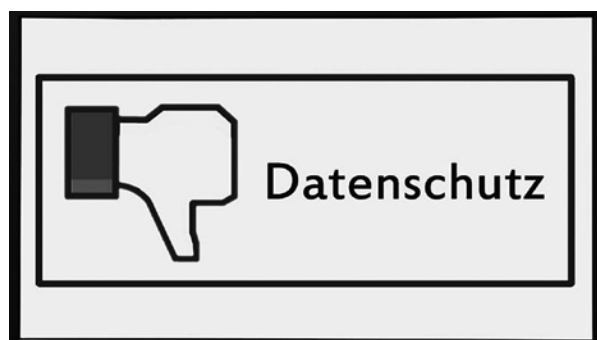
**N**achdem der Europäische Gerichtshof (EuGH) das Safe-Harbor-Abkommen zum Austausch personenbezogener Daten zwischen der Europäischen Union und den USA für ungültig erklärt hatte, wurde zwischen der US-Regierung und der EU-Kommission ein neues Abkommen ausgearbeitet und am 02. Februar 2016 vorgestellt.

Zu dem Safe-Harbor-Abkommen führte der EuGH aus, dass der erlaubte Zugriff von Behörden auf Daten in den USA „den Wesensgehalt des Grundrechts auf Achtung des Privatlebens verletzt“. Gleichzeitig gebe es für EU-Bürger keine Möglichkeit, per Rechtsbehelf die Löschung ihrer Daten zu verlangen. Das verletze „den Wesensgehalt des Grundrechts auf wirksamen Rechtsschutz“. Somit sei Safe Harbor ungültig.

Die neue Vereinbarung soll Garantien für den Datenschutz enthalten. Außerdem sollen EU-Bürger das Recht bekommen, gegen jede Art von Datenschutzverletzung rechtlich vorzu-

gehen. Verbindliche Vertragstexte für diese Vereinbarung liegen allerdings immer noch nicht vor, so dass nicht klar ist, wie diese Garantien aussehen und wie sie durchgesetzt werden sollen.

Es ist erforderlich, dass sowohl die Überwachungsaktivitäten der US-Sicherheitsbehörden deutlich eingeschränkt werden, als auch ein gerichtlicher Rechtsschutz gegeben ist. Dieser soll durch den Judicial Redress Act gewährleistet werden. Allerdings garantiert der Judicial Redress Act den EU-Bürgern nicht einmal Rechte, sondern er ermächtigt den Justizminister lediglich dazu, den Bürgern eines Staates oder eines Wirtschaftsraums bestimmte Rechte einzuräumen. Diese Entscheidung des Justizministers ist jederzeit widerrufbar. Darüber hinaus wird vorgeschrieben, dass die Bestimmungen der EU-Staaten über den kommerziellen Datentransfer in die



USA „die nationalen Sicherheitsinteressen der USA nicht wesentlich behindern“ dürfen.

Allerdings hat der EuGH in seiner Safe-Harbor-Entscheidung betont, dass in keinem Vertrag der EU die „nationale Sicherheit“ von Drittstaaten über die Charta der Grundrechte der Europäischen Union gestellt werden darf. Danach ist es sehr zweifelhaft, dass diese Vereinbarung den Vorgaben des EuGH entspricht.

Anisa Fliegner

# Wie es auch wird

**B**ereits im vergangenen Jahr gründete sich eine Initiative, die ein völlig neues Konzept für die Nutzung des einstigen Hauses der Statistik entwickelte. Das Haus steht seit langem leer und verfällt: 40.000 Quadratmeter Nutzfläche, ein geschlossenes Ensemble in zentraler Lage, das gegenwärtig unter Kuratel der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BimA) steht.

Die BimA hat die Fenster entfernen lassen. Sicherheitsgründe, sagen die einen, die anderen vermuten, dass so eine mögliche Instandbesetzung verhindert werden soll. Nun hört man von dem Plan, dass das Land Berlin das Haus kauft, um einen Behördenstandort zu entwickeln. Behördenstandort? Wirklich? Gibt es nicht den Vorschlag der „Initiative Haus der Statistik“, die solide bauliche Substanz in Wohnraum für Flüchtlinge und Arbeitsräume für Kunst, Kultur und Bildung umzuwandeln?

Natürlich hat die Politik auf diesen Vorschlag reagiert – in geübter Weise. Heißt, man sagt nicht „Nein“, aber schon gar nicht sagt man „Ja“. Stattdessen sagt man Sätze wie: „Ob das Ganze perspektivisch noch zu einem Wohnstandort gemacht wird, ist erst in Jahren zu entscheiden. Wir sind als Senat

bereit, mit allen möglichen Interessenten, Nutzern und Ideengebern zu diskutieren.“ Andreas Geisel, Senator für Stadtentwicklung, weiß ziemlich gut, wie man nichts sagt und trotzdem spricht. Die Flüchtlinge und die Initiative wird es freuen zu hören, dass man sich einfach ein paar Jahre gedulden soll. Wird schon. Und wenn es nicht wird, dann ist das ein bisschen traurig, aber auch kein Beinbruch.

Konkreter wird gegenwärtig Landespolitik, wenn es gilt, Tatsachen zu schaffen, die dann wiederum Grundlage dafür sein könnten, aus dem Haus der Statistik statt eines gemeinwohlorientierten Ortes eine Behörde zu machen. Das sogenannte Tempelhofgesetz wird zur Disposition gestellt, indem man auf dem Tempelhofer Feld rund 7000 Flüchtlinge unterbringen will. „Flüchtlingslager“ will das niemand nennen, aber worüber sonst reden wir da gerade? Bezirksbürgermeister Hanke (Mitte) weiß sich medienwirksam als Unterstützer der Initiative Haus der Statistik in Szene zu setzen, braucht aber gleichzeitig einen Standort für das neue Rathaus Mitte und da wäre das Haus doch.....

Der Möglichkeiten gibt es viele und klar ist: Wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht von sich aus Beteiligung und Transparenz fordern,



wird hinter verschlossenen Türen gemauschelt und gekungelt. Die „Initiative Haus der Statistik“ macht vor, wie sowohl Beteiligung als auch Transparenz buchstabiert werden. Ende Januar fand der 1. Vernetzungsratschlag statt, an dem 300 Menschen teilnahmen. Das ist etwas anderes, als nette Presseerklärungen rauszugeben, die ihre Gültigkeit im Zweifelsfall schon verloren haben, wenn sie online gestellt sind, und Entscheidung auf eine lange Bank zu schieben, im Wissen darum, dass ja bald Wahlen sind. Will man sich da vorher irgendwas mit irgendwem irgendwie verscherzen? Schön wäre, gäbe sich die parlamentarische und die außerparlamentarische Opposition nicht mit verschwurbelten und nichtssagenden Statements zufrieden. Bleiben wir dran, fragen wir nach, machen wir Vorschläge, verbünden und vernetzen wir uns. Das ist ein guter Weg.

**Carola Bluhm**

<https://hausderstatistik.wordpress.com>

# Sprachvermittlung und Geflüchtete

*Ein neuer Tarif fürs ABC*

**V**erstehen und verstanden werden – das ist Sprache! Ohne ein möglichst schnelles Erlernen der deutschen Sprache bleibt die Frau aus Afghanistan, der Mann aus Syrien oder das Kind aus Eritrea unverstanden und die Gesellschaft sprachlos. Professionelle Sprachkurse stellen insofern das Kernstück der Integration von Geflüchteten dar. Geleistet wird diese Arbeit bundesweit von über 25.000 DozentInnen im Auftrag des Innenministeriums an Volkshochschulen, Weiterbildungsakademien sowie zahlreichen privaten Trägern, wovon es allein in Berlin Mitte über ein Dutzend verschiedener gibt. Nebst der fachlichen Qualifikation müssen KursleiterInnen dafür vor allem eines mitbringen: Geduld Geduld Geduld.

Der Unterricht in internationalen, zumeist extrem heterogenen Gruppen ist eine harte, eine fordernde, eine erfüllende Tätigkeit. Das geht teilweise bis zum Status einer Ersatzmutter oder eines Ersatzvaters. Denn der erste Ansprechpartner für die Übersetzung des Be-

hördenbescheids oder der BVG-Funktionen ist der eigene Sprachkursorleiter.

Entlohnt wird diese wichtige Arbeit mit durchschnittlich 20 Euro pro Unterrichtseinheit. 20 Euro brutto. Das heißt ohne Beitrag zu Sozialabgaben, ohne Urlaubsgeld, ohne Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Kündigungsschutz. Und obwohl viele SprachlehrerInnen quasi Vollzeit für einen Bildungsträger tätig sind, sind Festanstellungen in der gesamten Branche die Ausnahme.

Bisher mangelte es den Betroffenen an geteiltem Bewusstsein ihrer prekären Lage und an der Bereitschaft, daran etwas zu ändern. Der Organisationsgrad unter Freiberuflern ist zwangsläufig niedrig. Doch daran scheint sich gerade etwas zu ändern. So kam es Anfang des Jahres an der VHS Wiesbaden bereits zum Streik und mit der Unterstützung durch Verdi und die GEW gab es auch in Berlin schon einige politische Aktionen. Am 9. März



Die Lehrerin einer Deutsch-Intensivklasse

um 14 Uhr ruft der freie Zusammenschluss betroffener DozentInnen zur nächsten Kundgebung vor dem Innenministerium auf. Die Forderungen sind klar: Nebst der besseren finanziellen Ausstattung von Institutionen der Sprachvermittlung, braucht es die Kontrolle, dass das Geld auch bei den MitarbeiterInnen ankommt, damit diese nicht nur sozial arbeiten, sondern auch sozial bezahlt werden.

**Andreas Wiebel**

## Das ist das Letzte

Die Fischerinsel gehört zur Wiege Berlins. Alle Herrscher haben auf ihre Art die Enge gesprengt. Der Krieg hinterließ nur wenige bewohnbare Häuser. Die DDR stellte deshalb sieben Wohn-Hochhäuser mit 20 Etagen, Lift und Müllschlucker für mehrere Tausend Bewohner auf die Insel. Dazu Kitas, Spielplätze, Schulen, Läden und Gasthäuser zwischen Bäumen, Wiesen und Wasser. Im Westen wurden solche Hochhäuser als Gastarbeiter-Quartiere an die Stadtränder gestellt. Später wurden das Problemviertel der Arbeitslosen. Auf der Fischerinsel nicht. Aber viele Alteinwohner brauchen heute einen Rollator und eine Parkbank zum Rasten nach dem Einkauf oder Arztbesuch. Und die rasten nun aus!

Die Freiräume auf der Insel sind marktwirtschaftlich unrentabel. Das sind doch kostbare „Wassergrundstücke in zentraler Lage“! Da passen doch noch größere Appartementhäuser und Stadtvillen hinein. So wurden nun mit Zustimmung der CDU, SPD und der Grünen im Bezirksparlament 74 Bäume gefällt und Parkplätze für 80 Autos geräumt. Die Wohnungsbaugesellschaft Mitte wird an der Ecke Fischerinsel / Mühlendamm einen zusätzlichen Wohnkomplex errichten. Wie immer seit der Befreiung von der Diktatur wurde kein Anwohner vorher gefragt, was er davon hält und wie das Vorhaben gestaltet werden könnte. Ringsum wird versucht, das Flair der früheren Altstadt mit Schloss und Umfeld zu erwecken, aber es gibt kein Gesamtkonzept. Nur Pläne für neue Hochhäuser.

Die Anwohner protestieren, die Amtsträger lavieren, die Bauherren taktieren. Man spielt das Lied von der Vermarktung zwecks Linderung der Wohnungsnot. Aber Berlin hat hunderte Plätze dafür. Muss man auch hier statt ins Grüne auf 's Graue gucken? Werden die Bauarbeiter das Lied der Amseln singen? Soll man die Autos mit in die Küche nehmen? Die WBM erhält einen „Bau-Bären“. Für die Lebensqualität im Kiez ist das ein Bärendienst! Ein Flugblatt der Linken sagt: Wehrt Euch!

Arthur Paul

## Blaue und Braune stoppen!



**Welchem Vorbild der thüringische AfD-Vorsitzende Bernd Höcke nacheifert, ist nicht überliefert. Fakt ist aber, dass der ehemalige Lehrer als echte Führungspersönlichkeit im April geboren ist.**

Allerdings am 1. April. Nicht nur deshalb fragt sich so mancher, ob man den Mann überhaupt ernst nehmen kann. Seine Parteikollegin Petry (Ja, die mit den Schüssen!) bespricht sich am 13. Februar mit ihrem österreichischen Kollegen Heinz-Christian Strache. Dieser meint tags darauf, am Valentinstag: „Wir beschnuppern uns gerade, bis dato riecht es sehr gut.“ (siehe „Der Standard“ vom 15.2.) Auch die Berliner AfD-Vorsitzende Storch leistete sich einen Ausrutscher, auf der Maus. Und schon hatte sie die Frage, ob auf Flüchtlingskinder geschossen werden dürfe, mit „Ja“ beantwortet. Wie dumm.

Diese drei Beispiele sind nur die aneinander gereihten Peinlichkeiten der AfD. Jedoch ist diese Truppe nicht nur peinlich, sondern auch brandgefährlich, was durchaus im Wortsinne verstanden werden darf. Mit ihren gezielten Provokationen, eindeutigen Doppeldeutigkeiten und ihrem menschenverachtenden Zynismus schafft die AfD ein Klima des Hasses, in dem Gewalttaten gegen Flüchtlinge und Andersdenkende bestens gedeihen. So kommt es, dass viele dem blauen Führungspersonal so ziemlich alles verzeihen, wenn es nur laut und dreist genug über Flüchtlinge wettet. Die Hetze verstellt aber den Blick auf andere Aspekte, etwa die AfD-Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiet. Hier zeigt sich, dass von dieser Truppe keine

sozialen Wohltaten zu erwarten sind – diese Partei ist in ökonomischer Hinsicht knallhart neoliberal! Schlimmer ist aber, dass zwischen AfD und dem ganz rechten Rand ein reger Gedankenaustausch stattfindet und gemeinsame Aktionen inzwischen keine Seltenheit mehr sind – wenn es ins Kalkül passt.

Für den 12. März um 15 Uhr plant die rechtsextreme Vereinigung „Wir für Berlin“ (WfB) eine Großdemo auf dem Washingtonplatz. Die AfD allerdings warnt ihre Anhänger, dort hinzugehen, um nicht noch kurz vor den drei Landtagswahlen von den Medien vorgeführt werden zu können. So ist das Weltbild der AfD: Feinde überall, Verschwörung überall. Wer die AfD-Demo vom 7. 11. noch in Erinnerung hat, weiß, wie schwach die linke Gegenwehr damals war. Wer etwas dagegen hat, dass Menschenfeinde (egal ob AfD, NPD oder WfB) am 12. März erneut den öffentlichen Raum beherrschen und Berlin erobern, schließt sich den zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Gegendemonstrationen an.

André Ullmann

### Wir gratulieren im März zum Geburtstag!

- Zum 93. Edith Barow-Bernstoss
- zum 91. Hein Grote, Gertraud Rädler
- zum 89. Vera Singer
- zum 88. Victor Grossman
- zum 87. Günter Böhle, Dieter Langhoff, Ingeborg Langner, Ilse Pargmann
- zum 86. Lore Baumann, Anneliese Kolin
- zum 85. Karl-Heinz Neubauer
- zum 84. Georg-Dietrich Breden, Gisela Meier
- zum 83. Edith Angermüller
- zum 82. Rolf Krug, Brigitte Lupp, Vera Reuß, Fritz Wengler
- zum 81. Ingrid Renner
- zum 80. Hannelore Lippmann, Ellen Rauhut, Edith Seeger, Helmut Schieferdecker, Lore Supranowitz
- zum 70. Brigitte Resnik

#### Impressum:

**Bezirksvorstand Berlin-Mitte**

der Partei DIE LINKE

#### Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

#### E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

**Internet:** www.dielinke-berlin-mitte.de

**V.i.S.d.P.:** Thilo Urchs

#### Satz + Druck:

R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

**Redaktionsschluss:** 23.02.2015

**Ausgabetermin für Nr. 04/2016 – 07.04.2016**